



Geschändete Ehrenmale

In der neuen Serie blickt ND ins eigene Blatt: Was sorgte im turbulenten ersten Jahr nach der Wende für Aufregung? Das Thema zum Auftakt: Geschändete sowjetische Ehrenmale im Osten. **Serie 3**



Rosa und Karl zum Gedenken

Das Wetter ist den Linken nicht wohlgesinnt, die am Sonntag zum symbolischen Grab von Karl und Rosa pilgern. Dafür können sie sich jetzt wieder auf deren Vermächtnis konzentrieren. **Seite 24**

Unser Wochenendangebot

Report: Winterliche Grabsuche im Baltikum	Seite 19
Mensch&Gesellschaft: Feuerwerk aus der Großhirnrinde	Seite 20
Forum: Die DDR – eine kritische Betrachtung	Seite 21
Geschichte: Was das Beispiel des Franzosenkaisers lehrt	Seite 22

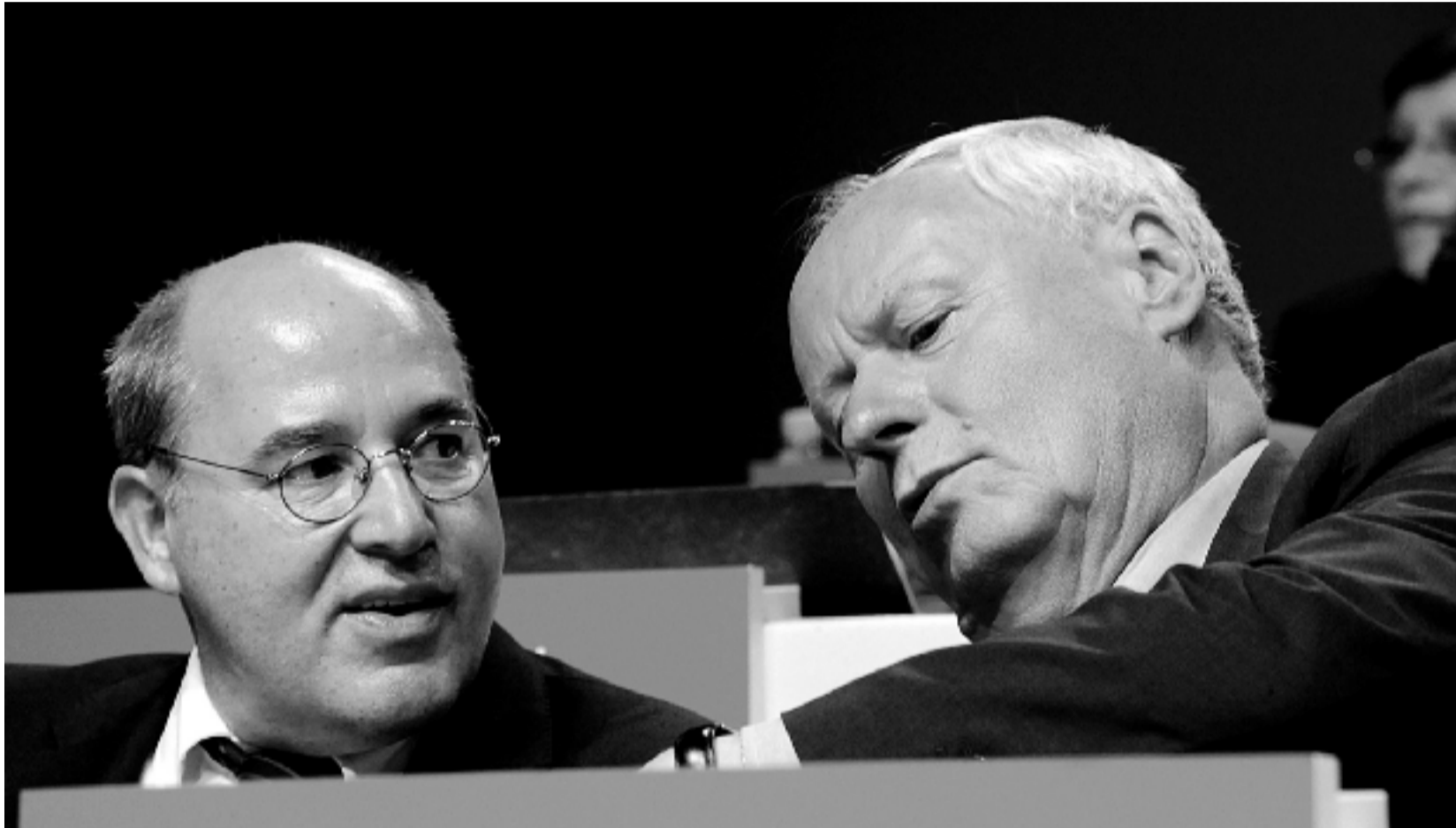
LINKE muss auf Lafontaine warten

Noch keine Entscheidung über Rückkehr des Saarländers – Gregor Gysi verteidigt im ND-Interview den Pluralismus in der Linkspartei

Von Gabriele Oertel

Nach tagelangem Streit in der LINKEN um Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch und seine angebliche Illoyalität gegenüber dem erkrankten Parteichef Oskar Lafontaine haben viele Genossen gestern hoffnungsvoll gen Saarbrücken geschaut. Dort hatte sich am Donnerstagabend Gregor Gysi zum Krankenbesuch eingefunden. Die anschließende Botschaft lautet: Auf Lafontaines Wiedereinstieg in die Politik muss die LINKE weiter warten.

»Der Druck muss endlich aufhören«, erklärte Gysi im ND-Interview nach seinem Gespräch mit Lafontaine im Saarland. »Die Zeit, die er braucht, die müssen wir ihm auch geben«. Da noch nicht alle medizinischen Untersuchungen abgeschlossen seien, könne Lafontaine noch keine Entscheidung über seine politische Zukunft treffen. »Er will schließlich nichts Vages sagen, sondern etwas Verbindliches«, sagte Gysi und sprach erneut von seiner Hoffnung, dass Lafontaine sowohl im Bundestag bleibe als auch im Mai wieder als Vorsitzender der Linkspartei kandidiert. »Aber selbst wenn nicht und er im Saarland bleibe, ist doch klar, dass er auch von dort aus hervorragend Bundespolitik machen kann«, eröffnete Gysi eine weitere mögliche Option. Lafontaine selbst verwies gestern gegenüber der »Saarbrücker Zeitung« allerdings lediglich auf »eine Reihe von Untersuchungen«, die er abwarten müsse, »ehe ich über meine weitere politische Zukunft entscheiden kann«.



ND-Foto: Burkhard Lange

Inzwischen ist nicht nur Gysi Adressat von Briefen insbesondere aus westlichen Landesverbänden mit Beschwerden über Dietmar Bartsch inklusive Rücktrittsforderungen – sondern auch Lafontaine bekommt Post. Der Geraer Stadtvorsitzende der Linkspartei, Andreas Schubert, despeschierte dem

Parteichef Genesungswünsche und betonte: »Wir schätzen Dich als einen erfahrenen Politiker und Motivator für die politische Arbeit in unserer Partei, als jemanden, der gerade jetzt für die deutsche Linke unentbehrlich ist.«

Gysi zeigt sich beunruhigt über die Situation in der Partei, hebt die

Verdienste des Bundesgeschäftsführers um die Entwicklung der LINKEN »in Vergangenheit und Gegenwart« hervor und betont, keine weiteren Briefe zu brauchen, »weil mir die gesamte Problematik bekannt ist«. Derweil stützte auch der Thüringer Linksfraktionschef Bodo Ramelow die Position des

Bundesgeschäftsführers. In der »Berliner Zeitung« erklärte er: »Wenn jetzt gefordert wird, Bartsch möge zurücktreten, dann ist das, als würde man mutwillig ein Rad von einem Wagen abschlagen.« Ex-Europaabgeordneter André Brie wies im Deutschlandradio Kultur darauf hin, dass

sich Bartsch stets loyal gegenüber Lafontaine verhalten habe. »Er hat einen Bundestagswahlkampf sehr erfolgreich geführt, in dessen Mittelpunkt eindeutig Oskar Lafontaine stand.« Für Brie ist der Bundesgeschäftsführer ein überzeugter Linker, der »in die Gesellschaft hineinwirken will, der reale Veränderungen durchsetzen will und der den Realismus in der Politik betont«.

Während die sächsische Landesgruppe der LINKEN im Bundestag vom Parteivorstand ein »klares Signal der Einigkeit« forderte, kommt für Bartsch Beistand auch aus der Heimat. Mecklenburg-Vorpommerns Linksfraktionschef Helmut Holter stellte sich hinter den Schweriner Bundestagsabgeordneten. »Dietmar Bartsch hat in der Vergangenheit als Parteimanager bewiesen, dass er innerhalb und außerhalb der Partei federführend agieren kann. Ich halte ihn für fähig, auch führende Parteiämter zu übernehmen«, erklärte Holter.

Der Ex-Arbeitsminister in Schwerin appellierte zugleich an seine Partei, die Personaldebatte um Bartsch und Lafontaine zu beenden. Stattdessen solle die LINKE wieder politische Alternativen zur »verheerenden« Politik der Bundesregierung aufzeigen. Das ist auch Anliegen von Gysi. Er fordert von seiner Partei die Akzeptanz von Pluralismus, »alles andere führt nur zu inneren Auseinandersetzungen, die uns von dem abhalten, wozu wir verpflichtet sind, nämlich Politik zu machen«.

Tagesthema Seite 2

Unten links

Wie bereits an dieser Stelle konstatiert: Wir leben in einer **Mangelwirtschaft**. Es fehlen nicht nur Streusalz und Rußpartikelfilter. Es mangelt an allem überall: den Kommunen an Geld, Lehrern an Respekt, Jugendlichen an Friedfertigkeit, Managern an Bescheidenheit, Banken an Kreditfreudigkeit, Behörden an Kundenfreundlichkeit, Fernsehprogrammen an Niveau, Talkshows an Geist, Zeitungen an Abonnenten, dem Arbeitsmarkt an Stellen, Steuerprüfern an Nachsichtigkeit, redlichen Bürger an Einkommen. Politikern mangelt es an Wahrnehmung der Not im Lande, der Bundeswehr an Instruktionen, wie Tanklaster zu schützen sind, der Kanzlerin an stilvoller Sprache, dem Außenminister an Englischkenntnissen, Oskar L. an Loyalität und seiner Partei an einem Programm. Der Gesellschaft mangelt es an Werten, der Elite an Verantwortungsbewusstsein, Vordenkern an Visionen und dem Gemeinwesen an Solidarität und Mitgefühl. Es wird kälter. Eiskalt. Soviel zur globalen Erwärmung. **ves**

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/Sa 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940



Suche nach Weg für eine EU-Mitgliedschaft

Westerwelle erwartet von Türkei Europa-Kurs

Bundesaußenminister Westerwelle hat die Kritik der CSU an seiner Linie in der Türkei-Politik als »kleinkariert« zurückgewiesen. Deutschland habe nicht nur ein politisches, sondern auch ein wirtschaftliches Interesse an Reformen in der Türkei, sagte Westerwelle am Freitag in Istanbul zum Abschluss seiner Gespräche.

Istanbul / Wildbad Kreuth (dpa/ND). Außenminister Guido Westerwelle hat sich wohlwollend über den Kurs der Türkei Richtung Europa geäußert. Es sei im Interesse Deutschlands, dass die Türkei nicht abdrifte, sondern sich reformiere und sich weiter Richtung EU orientiere, sagte Westerwelle am Freitag in Istanbul zum Abschluss seines Besuchs. Die Zusammenarbeit sei auch im wirtschaftlichen Interesse Deutschlands, weil die Perspektiven Tausender deutscher Firmen davon abhängen. Viele politische Probleme im Nahen und Mittleren Osten seien zudem nur zu lösen, wenn die Türkei ihre Brückenfunktion wahrnehme.

Aufseiten der EU und der Türkei sei jedoch »noch eine Menge Arbeit zu leisten«, hatte Westerwelle zuvor in Istanbul erklärt. Im koalitionsinternen Streit um eine EU-Mitgliedschaft der Türkei setzte er sich gegen die anhaltende Kritik der CSU zur Wehr. »Das ist deutsche Innenpolitik. Das hat mit Außenpolitik nichts zu tun.«

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan kritisierte dagegen erneut die Vorschläge aus der EU für eine Anbindung der Türkei ohne Vollmitgliedschaft als inakzeptabel. Sein Land werde sich nicht mit einer »halben Mitgliedschaft« zufrieden geben, sagte Erdogan in seinem Gespräch mit Westerwelle in Ankara, wie türkische Medien am Freitag meldeten.

Ungeachtet dessen erklärte die CSU, dass sie trotz Kritik der FDP auf ihrem Kurs in der Türkei-Politik beharre. CSU-Landesgruppenchef Hans-Peter Friedrich bekräftigte am Freitag die Ablehnung einer EU-Mitgliedschaft der Türkei. »Das ist unsere Meinung, die wir haben«, sagte Friedrich zum Abschluss der Winterklausur in Wildbad Kreuth. »Wenn Herr Westerwelle eine andere hat, ist das sein Recht.« Die CSU will eine »privilegierte Partnerschaft« mit der Türkei statt einer EU-Mitgliedschaft.

Westerwelle wollte am Freitag weiter nach Saudi-Arabien fliegen. Amnesty International forderte den Außenminister auf, bei seinem Besuch in Saudi-Arabien am heutigen Samstag das Thema Menschenrechte anzusprechen. Die Generalsekretärin von Amnesty Deutschland, Monika Lütke, warf dem Königreich am Golf in einem Gespräch mit dpa anhaltende Verstöße gegen die Grundrechte vor. **Kommentar Seite 4**

Gastkolumne

Der Kopfpauschale die Stirn bieten

Von Monika Knoche



Die frühere Bundestagsabgeordnete ist gesundheitspolitische Referentin beim Bundesvorstand von ver.di. Foto: privat

Der neue Gesundheitsminister Rösler will das ganze Gesundheitswesen einer umfassenden Änderung unterziehen und beruft sich dabei auf den Koalitionsvertrag. In diesem steht, dass Schwarz-Gelb mit der bisherigen Finanzierung der gesetzlichen Kassen brechen will. Die Absage an das solidarische System hat einen Namen: Die Kopfpauschale. Die Freien Liberalen haben sich zum Wortführer für diese Idee der Ungleichheit gemacht.

»Umdenken sei erforderlich«, um »langfristig das bestehende Ausgleichssystem (...) in einkommensunabhängige Arbeitnehmerbeiträge zu überführen«, heißt es im Regierungsauftrag. »Eine weitgehende Entkoppelung der Gesundheitskosten von den Lohnnebenkosten« soll »erreicht werden«, wobei der »Arbeitgeberanteil fest« bleiben soll.

Der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung und der einheitliche Beitrag für alle Mitglieder schafft keine Gerechtigkeit, sondern im Gegenteil, wie auch der stellvertretende CDA-Chef Dr. Bäuml dazu feststellte, »eine Gerechtigkeitslücke.«

Steuermitteln bezuschusst werden. Wären alle, also auch Bankdirektoren, tatsächlich Mitglieder der GKV, wäre von einer Vorgängerregierung die Forderung nach Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze erfüllt worden, dann wären viele Finanzierungsprobleme schon gelöst. Doch Einnahmeausfälle durch z. B. offene und verdeckte Arbeitslosigkeit, durch Niedriglohnsektor und verhaltene Lohnabschlüsse haben, wie auch andere gesetzliche Neuregelungen im Sozialrecht, die Finanzen der Kassen geschmälert.

Was die Regierung als »Umdenken« vorgedacht hat, würde eine Reihe von Nachsteuerungen nach sich ziehen. Dies hätte mit der Idee vom schlanken Staat, den die FDP propagiert, nichts mehr zu tun. Denn er müsste steuernd mit Steuermitteln eingreifen. »Von gesamtstaatlichen flankierenden Maßnahmen« ist die Rede, um die Ungerechtigkeiten auszugleichen, die durch die Kopfpauschale geschaf-

fen würden. Und wer müsste diese Steuerlast schultern? Deutschland ist weit entfernt von einem gerechten Steuersystem. Unternehmen und Profiteure der neoliberalen Steuerpolitik würden ein weiteres Mal aus der Solidarpflicht freigestellt. Die Steuerlast der Geringverdienenden aber nähme zu.

Abhängig vom Finanzminister Bittstellerinnen der Politik zu sein, das wäre die neue Rolle ehemals in Selbstverwaltung versicherter Mitglieder der gesetzlichen Kassen. Die GKV stünde ohne »krisenfesten Finanzierung« da. Die neue Maxime lautet: Von der relativen Autonomie der Kassen zu einem Fürsorgesystem mit einem willkürlichen Vater Staat. Das ist das Selbstverständnis der schwarz-gelben Koalition.

Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, aber auch finanzielle Stabilität insbesondere in der Krise gibt es nachweislich nur mit einer Bürger- und Bürgerinnenversicherung, an der alle prozentual am Einkommen beteiligt sind. Den Arbeitgebern muss die Parität als Sozialstaatsgarantie auferlegt werden.

Noch gibt es keinen Gesetzentwurf zur Kopfpauschale. Noch streitet sich die Koalition. Doch wie die Einigung zum Wirtschaftsbeschleunigungsgesetz gezeigt hat, kann es schnell ernst werden.